INFORMATIONSDIENST (ID)

6ooo FRANKFURT
Homburger Str.36
Tel.o611/774696
Postscheckkto. Walter Spruck
6 Ffm.6o 525228-6o2

Das Büro ist während der Sommermonate Montags, Mittwochs, Freitags von 1o-13 Uhr besetzt.

INHALT

1/73

Genossen

Das ist nun der erste Versuch(die erste Nummer)eines überregionalen Informationsbulletins für Deutschland,das regelmäßig erscheinen soll. Wahrscheinlich werden die nächsten Nummern bis zum Herbst noch nicht mit der angestrebten Regelmäßigkeit erscheinen können,zum einen,weil im Augenblick sogenannte saure Gurkenzeit ist(Urlaubszeit+Semesterferien),zum anderen,weil ihr,und das auch nicht ganz unbegründet, Informationen nicht an Leute schicken wollt, von denen ihr nicht wißt,wer sie sind und in welcher Form sie arbeiten wollen.

Hier soll nun dieses Bulletin die Lücke etwas schließen;es ist noch lange nicht der Weisheit letzter Schluß,sondern Objekt nun hoffentlich einsetzender Kritik und Grund,die SPA/ID-d.h. uns und euch mit reichlich mehr Nachrichten,schriftlich und telefonisch einzudecken. Außer den inländischen Informationen verwerten wir auch ausländische alternative Presseagenturen,so z.B FNS/England,APL/Frankreich,die aber leider auch in der Sommerpause sind.Wir werden hier während der Urlaubszeit weitermachen,damit ab Herbst die Sache steht(einarbeiten), darunter fällt auch der Versuch sich mit mitarbeitenden Gruppen zu treffen um die Sache zu diskutieren und um von der entmenschten Seite eines solchen Projektes wegzukommen;also wundert euch nicht, wenn im nächsten Monat Frankfurter Informations-Dienst-Genossen bei euch auftauchen.

Wir denken uns,daß die Zielgruppen des Informationsdienstes emanzipatorisch arbeitende Gruppen,linke Zeitungen und linke Journalisten in den bürgerlichen Medien sind.Da die Einwirkungmöglichkeiten eines linken Informationsdienstes auf die bürgerliche Presse nicht nur wegen deren beschränkten Informationsmöglichkeiten,sondern auch wegen der Verzögerung mit der wir rauskommen,gering sein werden, muß man die politische Effizienz einer Presseagentur,die schneller und gezielter die Massenblätter erreichen könnte,mitdiskutieren. Da die bürgerlichen Medien aber aufgrund ihrer Stellung im Verwertungsprozeß auch nur <u>ein</u> Abnehmer sein können und auf die oben genannten Abnehmer nicht verzichtet werden kann,dürften unserer Meinung nach die Zielgruppen nicht alternativ diskutiert werden. Aber für ein Fernschreibernetz fehlt es zur Zeit ohnehin am Geld und am Korrespondentennetz.Wir meinen,daß-ob mit oder ohne Fernschreiber-aus dem Informationsdienst früher oder später eine Wochenzeitung,längerfristig eine überregionale linke Tageszeitung werden müßte.

Jetzt geht es vorrangig darum,ein Netz von Korrespondenten im nationalen und internationalen Bereich aufzubauen und einen Abnehmerkreis zu gewinnen.

Die politische Linie des Informationsdienstes stellt sich über die Aktivitäten von Basisinitiativen,politischen Gruppen und Organisationen her.
Nun noch eine wichtige Kiste.Wie schon erwartet,ist die Geldkiste leer.Lösungsvorschlag:Überweißt bitte auf unser Konto 5 Mark, damit werdet ihr automatisch die nächsten drei Bulletins zugeschickt bekommen.Ab Oktober werden wir regelmäßig erscheinen, und dann auch den Abo-Preis bekanntgeben.
Damit sind eurer Spendenfreudigkeit aber noch lange keine Grenzen gesetzt.Wenn ihr das Problem diskutiert habt,könnt ihr auch höhere Überweisungen vornehmen-es ist wirklich nötig.
Ach ja.Nachrichten schicken nicht vergessen!!

WIR WERDEN SIEGEN

SPA ID Kollektiv

1

SPA / ID / Berlin 25-07-'73

Buchladenkollektiv Savignyplatz / Berlin

Die Leute des Weißbeckerhauses -(Lehrlinge, Schüler u. Trber besetzten diees Haus im Feb. dieses Jahres)- klauen lieber in einer Genossen- Buchhandlung als in einer anderen.
Sie hatten keine Lust die Sache bei Frau Reichelt, oder beim sozialpädagogischen Sonderfond, oder bei dem ihnen zur Verfügung stehenden Sonderetat es zu versuchen, weil sie erklärten " lieber unabhängig bleiben zu wollen".
Unter der Parole " wir nehemen uns was wir brauchen" schlugen sie ein Loch von I5o.oo DM in die ohnehin schon löchrige Sommerkasse des Buchladens, der seine Profite regelmäßig der RH, dem Schöneberger Jugendzentrum und an Befreiungsbewegungen weiterleitet, bzw. ständig Bücher in den Knast schickt und alte hilfsbedürftige Genossen finanziell unterstützt, Sammlungen durchführt und das Alles jederzeit bereit ist zu sagen, z zu erklären und darzustellen.
Das Buchladen - Kollektiv schlug noch vor, die Bücher in eine Kiste zu packen, das Problem in ihrem Kollektiv zu diskutieren und ihnen dann Bescheid zu geben. Darauf gingen die Weißbeckerleute nicht ein, nahmen sich was sie brauchten und verschwanden. Ein Brief mit der Aufstellung der Bücher kam nach der Aktion an mit der Bitte um Verständnis!?! und einer Andeutung weiterer ähnlicher Aktionen.

SPA / ID / berlin 24-07-'73

Dem Pressespiegel Südliches Afrika entnahmen wir folgenden (gekürztten) Bericht über den Miltärprozeß gegen Larry Johnson am I9-06-'73 in Kaiserslautern.

" Am I9.6.73 fand in Kaiserslautern ein Militärgerichtsverfahren gegen einen 2I jährigen GI statt. Larry Johnson hatte im April dieses Jahres seinen Dienst in der amerikanischen Armee bestreikt, weil ihm die amerikanische Verstrickung in die koloniale Unterdrückung Mozambiques durch Portugal zu Ohren gekommen war.
Larry Johnson informierte sich zurest gründlicher, ehe er den Beschluß fasste den Dienst zu verweigern. Alle Dokumente, die er sich beschaffen konnte, bestätigten aber ihm die Unterstützung, die der Krieg in Mozambique durch die NATO und besonders von der amerikanischen Seite erfährt. Larry Johnson, der auch Material über Folterungen grausamster Art, begangen von den portuguisischen Kolonialisten an der schwarzen Bevölkerung Mozambiques, zu Gesicht bekommen hatte, hielt es für untragbar, weiterhin in einer Armee zu dienen, deren Verantwortlighe eine Teilschuld an den Massakern in Mozambique tragen. Er legte die Uniform ab, salutierte nicht mehr und erfüllte keinen Dienst.
Das Geschworenengericht des US-Militärs im Armee-Depot Kaiserslautern, das ausschließlich aus Militärs besteht, klagte Johnson wegen Befehlsverweigerung an. Nicht mehr als I5 Personen durften dem Prozeß beiwohnen, von denen ein Teil als Vertreter des Gerichts, der Presse und des Militärs bereits feststand. Von der großen Zahl der Interessierten konnte sich nur ein Bruchteil als Begleitung der Verteidigung Zugang zum Gerichtssaal verschaffen. Die Furcht vor einer großen Öffentlichkeit hatte ihren Grund darin, daß die Verteidigung, d.h. der zusätzlich zum militärischen Pflichtverteidiger zugelassene Zivilverteidiger Howard Dallke, einen prominenten Zeugen angekündigt hatte: Pater Cesare Bertulli, verantwortlicher Provinzial der "Weißen Väter" für den Auszug aus Mozambique.
Die "Weißen Väter" offiziell mit Missionsauftrag der katohlischen Kirche nach Moz. gescickt, hatten dort mit der unterdrückten Bevölkerung sypathesiert und sich an der sozialen Revolution dort beteiligt. Ihre Arbeit wurde ihnen zunehmend schwieriger gemacht und sie letztenendes dem Lande verwiesen.
Pater Cesare Bertulli ist auf Grund seiner Erfahrungen in der portuguisischen Kolonie und der Erlebnisse, die er dort mit einer der brutalsten und blutigsten Unterdrückungsmächte der Welt machte, offenkundig ausgewiesen als ein Mann, der als Berichterstatter der tatsächlichen Vorgänge in der Kolonie in den Zeugenstand treten kann.
Im Prozeß in Kaiserslautern aber, wo dies zur Verdeutlichung der Motivation des Angklagten unbedingt notwendig gewesen wäre, ließ der Richter den Pater gerade zu diesem Punkt nicht aussagen. Jedesmal wenn derpolitische Charakter der zur Ver-

2

handlung stehenden Angelegenheit zur Sprache gebracht werden sollte, wurde dies vom Militärrichter zurückgewiesen. Es war das erklärte Interesse des Gerichts, allein und rein formal überdie Tatsache der Dienstverweigerung in der Armee zu verhandeln!
Daß derAngeklagte nicht mehr als einen Monat "hard labour"(Zwangsarbeit) und Lohnabzug von I5o Dollar für die Dauer von 6 Monaten - bei der Empfehlung der anschließenden Entlassung aus der Armee - erhielt, läßt sich nur aus dem Eindruck erklären, den der Pater und die Präsenz der Öffentlichkeit auf die militärischen Geschworenen hinterließen."

Komitee Südliches Afrika
Heidelberg 05-07-'73

Das Komitee Südliches Afrika /heidelberg bittet alle Organisationen Gruppen und Komitees diesen Bericht oder wenigstens Teile ~~dieses~~ davon in Ihren jeweiligen Organen oder Zeitschriften befrendeter Gruppen zu publizieren - unter Quellenangabe!

SPA/ID/Berlin

Vorbemerkung:
Zu der in den letzten 14 Tagen anlaufenden umfangreichen Hetzkampagne gegen die Verteidiger der RAF-Angeklagten,die ihren ersten Höhepunkt in der unter mysteriösen Umständen gefundene Brief hatte,nahmen die betroffenen Anwälte in einer Erklärung Stellung,die auf einer von ihnen am 23.7.73 abgehaltenen Pressekonferenz verlesen wurde.Diese Erklärung wird hier nach Rücksprache im vollen Wortlaut wiedergegeben.

Nachdem wir von den betroffenen Mandanten in dem entsprechenden Umfange von der anwaltlichen Schweigepflicht entbunden sind, nehmen wir zu den Pressemeldungen und den darin veröffentlichten Vorwürfen der Bundesanwaltschaft Stellung:

Unter dem 16. Juni 1973 wurde von Rechtsanwalt Ströbele ein von ihm verfaßter und als Verteidigerpost gekennzeichneter Brief an inhaftierte Mandanten zur Post gegeben, der u. a. folgende Passagen enthält:

1. Baader ist für Abbruch (des Hungerstreiks),
   weil draußen nichts Wesentliches mehr läuft,
   weil ohne Druck von außen keine Reaktion der zuständigen Stellen bezüglich der Forderungen zu erwarten ist,
   Info bzw. Schulungsprojekt viel wichtiger ist.
2. Großes neues Projekt, das Arbeit für alle für Monate und Jahre bringt: Info-Zentrale in Hamburg und Erstellung von Analysen und konkrete Gruppenschulung.
3. Papiere kommen gesammelt, müssen erst noch geschrieben werden. Meins hat dazu wesentliche Punkte angefügt. Nämlich, daß es

Leute gibt, die auf kaum was schärfer sind, als irgendwo sauber gesammelt und entwickelt die Theorie und Anleitung zur Praxis eines konsequenten Kampfes gegen den bestehenden Macht- und Gewaltapparat zu finden. Dieser Punkt muß unbedingt berücksichtigt werden.

Diese Passagen sind sowohl vom Zusammenhang in dem fraglichen Brief, als auch von vorangegangenen und folgenden Schreiben her allein folgendermaßen zu interpretieren:

Bekanntlich waren vom 8. Mai bis Ende Juni 1973 eine große Zahl von Gefangenen in der Bundesrepublik und Westberlin im Hungerstreik, um ihre Forderung nach einem ihre elementaren Menschrechte wahrenden Haftvollzug öffentlich zu machen und zu unterstreichen. Begleitet hierzu gab es Informationsveranstaltungen, Demonstrationen, Flugblattaktionen, Unterschriftensammlungen und demonstrative Hungerstreiks "draußen".
Als Folge eines weitgehenden Boykotts aller Meldungen über den Hungerstreik auch durch die sogenannten liberale Presse ging die öffentliche Diskussion über die Haftpraxis in den hiesigen Gefängnissen stark zurück, "draußen lief also nichts mehr". Der Hungerstreik wurde dann beendet.

Mit dem Stichwort "Info-Zentrale" ist ein Projekt bezeichnet, das die Sammlung von Informationen mit politischer Relevanz aus allen Medienbereichen zum Ziel hat. Diese sollte in erster Linie zur Prozeßvorbereitung den Mandanten und den Verteidigern zur Verfügung stehen. Dieses Archiv soll von den Gefangenen durch Ausschneiden von Artikeln, aus den von ihnen bezogenen Zeitungen und Zeitschriften eingerichtet werden. Selbstverständlich sollten es alle Gefangenen auch für ihre theoretische Arbeit benutzen können, also auch für "Schulung". Die Pläne zur Schulung betreffen Fachgebiete wie politische Ökonomie, Marxismus, Imperialismustheorie usw.

Die Wiedergabe einer Äußerung von Meins in dem fraglichen Brief betrifft den Gesichtspunkt, daß die Ermittlungsbehörden erfahrungsgemäß bei Zellenkontrollen Aufzeichnungen von Mandanten, auch wenn sie der Vorbereitung der Verteidigung dienen, rechtswidrig kontrollieren, also "scharf darauf sind". Beim Schreiben sollte deshalb unbedingt berücksichtigt werden, daß derartige Übergriffe der Ermittlungsbehörden nur ins Leere stoßen können.

Die Technik der Bundesanwaltschaft, den Brief willkürlich zu inter-

pretieren, geht dahin, beispielsweise zwei völlig voneinander unabhängige Halbsätze aus verschiedenen Teilen des Briefes sinnentstellend zu verbinden.
So wird die Info-Zentrale und die konkrete Gruppenschulung, von der auf Seite 1 des Briefes die Rede ist, mit der Passage verbunden, beide sollten der "Anleitung zur Praxis eines konsequenten Kampfes gegen den bestehenden Machtapparat dienen". (So Süddeutsche Zeitung vom 18. 7. 1973).

So manipuliert und willkürlich interpretiert dient der Inhalt des Briefes, der auf mysteriöse Weise in die Hände der Sicherungsgruppe beim Bundeskriminalamt geraten ist, für die Ermittlungsbehörden des Bundes als Vorwand, ein weiteres Glied in der Kette regelmäßig wiederkehrender Aktionen gegen die Verteidiger politischer Gefangener. Nachdem im vergangenen Jahr die Attacke gegen den Kollegen Schily gescheitert war, sind nun mit veränderter Taktik andere Kollegen an der Reihe.

Bezeichnend ist, daß bis heute die Bundesanwaltschaft mit keinem Wort der Information oder der Bitte um Stellungnahme an die Beteiligten herangetreten ist.

Vor allem aber ist die willkürliche und von keinerlei Tatsachen unterstützte Interpretation von Passagen eines Briefes Vorwand dafür, eine nach geltendem Strafprozeß- und Verfassungsrecht völlig rechtswidrige Maßnahme - die Beschlagnahme von Verteidigerpost und Verteidigungsmaterial - in den Zellen der Beschuldigten zu rechtfertigen. Selbst wenn die Interpretation der Bundesanwaltschaft richtig wäre, verböte das geltende Recht ein derartiges Vorgehen.

Damit verletzt die Bundesanwaltschaft mit dem Ermittlungsrichter am BGH Grundsätze, die eine verfassungsmäßige Ordnung überhaupt erst freiheitlich und demokratisch machen. Sie fördert eine Entwicklung, in der die Grundrechte nur noch ein gut formuliertes Stück Papier sind.

Wir sind im übrigen bereit, ein Mitglied des Präsidiums der Rechtsanwaltskammer Berlin zur Erstellung eines Gutachtens Einblick in die Verteidigerbriefe zu geben.

---

gezeichnet: Dr. jur. Ulrich K. Preuß — Karl-Hugo Brentzel
Klaus Bechen — Henner Kraetsch
H.Ch.Ströbele — Harald Reme

Köln: (I D) Volksküche in Köln-Niel ?

Die Sozialistische Initiative plant im Kölner Vorort Niel eine Volksküche. In diesem Stadtteil befinden sich überwiegend kleine Betriebe und Handwerk ohne eigene Kantinen, was bei den üblichen kurzen Mittagpausen dazu führen muß, daß die Arbeiter sich an Pommes Frites-und Pizza Buden was reinschieben oder direkt am Arbeitsplatz ihr Brot essen müßen.

Die Volksküche soll internationale Gerichte zum Selbstkostenpreis anbieten und gleichzeitig Kommunikationsmöglichkeiten aufbauen (Zeitungen, Infos, Gespräche, Musik etc.) Von der Struktur des Stadtteils wird die Volksküche wahrscheinlich von Arbeitern, Rentnern, Pennern und Studenten besucht werden.

Erfahrungen und Anregungen: 5 KÖLN 41; Zülpicherstr. 197; Tel. 446171

Köln: (I D)

In Köln hat die Projektgruppe Gegenöffentlichkeit ihr erstes Info "KILL" (Kölner Info Linker Leute)

In Köln hat die Projektgruppe "Gegenöffentlichkeit" des Sozialistischen Patientenkollektivs Köln die erste Nummer ihres regionalen Infos rausgegeben. Sie meinen, daß es notwendig sei auch im regionalen Bereich für bessere Informationsmöglichkeiten und für die Verbreitung von emanzipatorischen Aktionen zu sorgen.

Kontaktadresse: 5 KÖLN 41, Zülpicherstr. 197, Tel. 446171

München: (Arbeitersache)

Laster raus, weg mit dem Gestank, BMW macht die Leute krank.

BMW liegt in einem Wohnviertel. Ein Großteil der Zulieferungs- und Abtransporte wird mit Lastwagen durchgeführt. Seit der Olympiade donnern die Laster von 6 Uhr früh bis oft 23 Uhr abends durch die Riesenfeldstr., bis zu Hundert die Stunde. Ein Schlaf ist für viele nicht mehr drin. Hinzu kommt der gesundheitsschädliche Gestank aus der Lackiererei, der die ganze Gegend verpestet. Die Anwohner, darunter viele BMW- Arbeiter, sind verbittert : " der Lärm ist unerträglich ", "... man versteht ja sein eignes Wort nicht ", " kann nicht in Ruhe fernsehen, " "... und auch sonnabends fahren die Laster, " " ... man kann ja nicht das Fenster aufmachen wegen dem Lärm und Gestank ", " ... unsere Kinder sind dauernd in Lebensgefahr". Die Bewohner hatten von dieser Situation die Schnauze voll. Sie schlossen sich zusammen und überlegten wie man sich am besten dagegen wehren könnte. Es wußte auch jeder " daß es für die BMW (Bayrische Motorenwerke) das einfachste von der Welt ist, einen Teil der LKW durch

die nicht so bewohnte Lorchenauerstraße zu führen, (Im Häuserblock Graf Konrad/ Riesenfeldstraße leben fünfzig Kinder ohne Spielplatz) oder den schon bestehenden Bahnverkehr auszubauen, und ebenso eine wirksame Filteranlage für die Lackiererei einzubauen. Da Bittschriften an BMW, Unterschriftensammlungen und das Bla-Bla der SPD und des Bürgermeisters nichts genutzt hatten, wird der BMW zum 18. Juni ein Ultimatum gestellt " Lastwagen aus der Straße raus, sonst passiert was " . Alle stimmen zu. Es gab unter anderem folgende Vorschläge seitens der Bewohner : Straße mit Autos blockieren/ Unfall vortäuschen / Nägel streuen / die Einfahrt zuzementieren / BMW das Telefon blockieren / die neuen BMW mit Farbe beschmeißen .

Am 26. 6. wurden von der Arbeitersache Informationsstände aufgebaut und gegen 18 Uhr nach einer Straßentheateraufführung bildeten sich Menschenketten vor der BMW- Einfahrt und machten sie dicht. Der erste Sattelschlepper fährt in die Menschenmenge rein, reißt viele von ihnen zu Boden und gelangt in die Fabrik (es war ein Vorarbeiter) . Die nächsten kommen nicht durch und fahren durchs Tor in der anderen Straße. Schließlich ist das Tor von 3oo Bewohnern belagert. Ein Gastwirt spendiert Bier. Danach mischen sich Zivilbullen unter die Menge und der brutale erste Fahrer versucht das Steuer eines eingekeilten LKW zu übernehmen, er wird von den Leuten gehindert, darauf greifen die Bullen und Werkschutz ein, prügeln los und zerstreuen die Menge, verhaften 6 Personen.

27. Juni. Um 18 Uhr kommen alle wieder zum Tor, aber die Bullen haben alles abgesichert, so bleiben nur Sprechchöre. Erfolg : das Tor wird um 2o Uhr geschlossen; die Leute wollen aber totale Ruhe und 2o Uhr ist keine Lösung. Wieder werden 2 Leute verhaftet. Es gründet sich eine Bürgerinitiative am nächsten Montag, die den Rechtsschutz für die Festgenommenen und die Strafanträge gegen die LKW'Fahrer, BMW und Bullen übernimmt.

Bei der SPD wird die Initiative rausgeschmissen und auf einen späteren Termin verwiesen. " Unsere Stimme habt ihr zum letzten Mal gekriegt " sagt eine Hausfrau.

Freitag 6. Juli. Autokorso und so Blockade der Einfahrt, das soll noch häufiger laufen.

Samstag 21. Juli. Ein Straßen- und Kinderfest, da es an Spielplätzen mangelt und die Eltern teilweise bei den Bullen 2o DM wegen Verkehrsbehinderung zahlen mußten, wenn die Kinder auf der Straße spielten.

Wie wird es weitergehen: Von innen : ein Kollege von der BMW hat Strafantrag gestellt wegen der fehlenden Filteranlage und dem unvorschriftsmäßigen Arbeiten in der Lackiererei.

Von außen : Strafantrag wegen Luftverpestung (Lackiererei) und weitere Aktionen gegen die LKW.

Einen ausführlichen Bericht findet ihr in der neuen " Wir wollen alles "

Frankfurt (ID)

Bürgerinitiative Bleichstraße

Die Aktionen der Anwohner der Bleidhstraße sind einer der Ansätze, die sich aus dem frankfurter Häuserkampf entwickelt haben.

Als die Zeilsperrung sich in überdimensional zunehmendem Verkehr, verbunden mit Krach und Dreck, auf die Bleichstraße auswirkte, ergriff zunächst eine Anwohnerin die Initiative und begann eine Unterschriftensammlung dagegen, daß die Bewohner des City-Ringes die extremen Kosten des neuen Fußgängerparadieses Zeil zahlen sollten. Noch während dieser Unterschriftenaktion bildete sich eine provisorische Bürgerinitiative aus zunächst sieben Personen. Die bei der Unterschriftensammlung geführten Diskussionen bewirkten, daß zahlreiche Anwohner, Transparente aus ihren Fenstern hängten, auf denen sie ihre Forderungen formulierten: Sperrung der Bleichstraße und schließlich der ganzen Innenstadt für den Durchgangsverkehr. Sie schrieben Flugblätter, in denen sie neben ihren Forderungen auch auf die Wohnraumzerstörung in anderen Teilen der Stadt aufmerksam machten. Ende Mai errichteten die Anwohner der Bleichstraße ihre ersten Informationsstände mit Fotos, Kinderbildern und Unterschriftenliste mit dem Ziel, eine breitere Unterstützung ihrer Forderungen und das Verständnis ihrer Probleme zu erreichen. Dabei wurde die Bleichstraße mehrmals kurzfristig für den Autoverkehr gesperrt. Die Anwohner übergaben den Autofahrern, die sich vor den Barrikaden stauten, Flugblätter und Nelken. Da diese Aktion von Frauen, Kindern und alten Leuten gemacht wurde, stand die anrückende Polizei ziemlich hilflos da. Einige Tage später war die Bürgerinitiative schon auf 60 Leute angewachsen, die ihre Forderungen nun auch in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister formuöierten. Dieser Brief wurde nie beant-

wortet. Sie beteiligten sich an der Bürgerversammlung Innenstadt. Dabei wurde klar, daß Veränderungen für die Bleichstraße nicht vorgesehen sind. Die Bewohner der Bleichstraße waren aber nicht mehr bereit, darauf zu verzichten, ihre Interessen durchzusetzen und um eine breitere Solidarisierung mit ihren Forderungen zu werben. Sie begannen jetzt mit der Vorbereitung eines Kinder- und Straßenfestes, das am 31. 6. 1973 nachmittags stattfand. Dabei griff die Polizei ein. Diesen ersten offenen Konflikt mit der politischen Führung der Stadt begriffen die Bleichstraßen-Anwohner als ersten Einschüchterungsversuch. Ihre Reaktion darauf: sie informierten die Öffentlichkeit, um ihre neuen Erfahrungen weiterzutragen: "350 Polizisten hatten mit brutaler Gewalt unser Straßen- und Kinderfest kaputtgemacht, hatten Männer, Frauen und Kinder von den Stühelen geschmissen, beschimpft und geschlagen, auf die Bürgersteige getrieben; Hatten mit Wasserwerfern, Sperrgittern und lebendigen Ketten bewaffneter Polizisten die Fahrbahn militärisch besetzt und schließlich uns sogar von den Bürgersteigen verjagt..... Jeder von uns hat sich auf seine Weise gewehrt... in allen Fällen waren die Polizisten die Stärkeren, zahlenmäßig und in der Gewaltanwendüng - aber keiner von uns war der Meinung, wir hätten eine Niederlage eingesteckt." Dies erklärten die Bürger auf einer anschließenden Pressekonferenz. Sie erklärten ferner, daß die politische Führung der Stadt "ihre Entscheidungen, die ohne unseren Willen und gegen unsere Interessen zustande kamen, nur noch durch direkte Polizeigewalt aufrechterhalten" kann. .. "Die Polizeigewalt hat am Samstag nicht gesiegt - wir haben uns nicht einschüchtern lassen" Nach der Pressekonferenz blockierten die Anwohner die Bleichstraße erneut, mit Stühlen, Tischen und Transparenten und leiteten den Verkehr um, um demonstrativ Besitz von der Straße, in der sie wohnen, zu nehmen.

Bonn(ID)

Presseerklärung des Deutschen Komitees für Angola, Guinea-Bissao und Mocambique .

"Verurteilung des portugiesischen Kolonialkrieges durch die Bundesregierung und Einladung eines Frelimo-Vertreters durch die SPD (WDR III,17.7.73,21:45)

Schon am 31.8.72 und am 4.5.73 berichteten die ausgewiesenen Missionare Pater da Costa und Cesare Bertulli auf Pressekonferenzen in Bonn detailliert über drei Massaker 1971/72 in Mocambique mit insgesamt 624 Ermordeten.Sie zitierten den Portugiesischen Oberbefehlshaber von Mocambique,General Kaulza de Arriga:"...Wenn es nicht möglich ist,(die Freischärler) zu fangen,erfordert es die Strategie,die Bevölkerung zu beseitigen."

Die Jetzige Verurteilung der portugiesischen Kriegsführung durch die Bundesregierung und Einladung eines Frelimo-Vertreters ist daher nicht auf das Wissen von Massakern zurückzuführen.

Aber seit Ende März verfügen die Befreiungsbewegungen von Guinea-Bissao und Mozambique, Frelimo und PAIGC über Boden-Luft Raketen mit denen sie bisher 18 Flugzeuge,darunter drei von der Bundesregierung gelieferte Fiat-G-91 abgeschossen haben.

Wir befürchten,daß die Bundesregierung erst auf diese Fähigkeit der Unterdrückten,sich gegen den Bombenterror zu wehren,reagiert.

Alle Bundesregierungen haben bisher die portugiesischen Kolonialstreitkräfte ausgerüstet:

1961:8Patrouillenboote(Revista de Marinha,Portugal,9/65)

1965:60 Düsenbomber(Zeit,1.8.67;Spandauer Volksblatt,3.4.65)

1966:40 Düsenbomber Fiat-G91(Wehr und Wirtschaft 1o/66)

 111 Düsenjäger Fouga Magister(Correira de Manna 27.1o.66)

1968:12 Fallschirmjägertransportflugzeuge(U.Albrecht,Waffen für die dritte Welt,rororo aktuell 1535)

 110 Aufklärungsflugzeuge DO-27(Cockpit 3/68)

1969:8 Fouga Magister(Angabe von verschiedenen Luftwaffenangehörigen gegenüber dem Deutschen Kommitee für Angola)

seit Bestehen der SPD/F.D.P.-Regierung:

1969/70:30 DO-27

1970/71: 3 Noratlas-Transporter(beides bestätigt durch Beamte des Auswärtigen Amtes gegenüber dem Deutschen Komitee für Angola am18.10.71)

 3 Korvetten speziell für den Einsatz in tropischen Küstengewässern(The Star 19.9.70+Diario deNoticias 22.1.73)

 Maschinengewehrrohre,Überdruckpatronen,Mörsergranatzünder (Antwort der Bundesregierung auf Anfrage von MdB Horn,2.11.71)

1972:Bundesregierung bewilligt Produktion der Granaten"Heat 1o5,1o6" sowie von"Anti-personell-Minen"und "Anti-Tank-Minen" in der

portugiesischen Fabrik Trafaria in westdeutscher Lizenz.
1973: Produktion von 6 Korvetten nach Lizenz von Blohm und Voss in Portugal.(Diario de Noticias 5.4.73;Yearbook of the Stockholm Institute of Peace Research and Information,S330)
Alle berichteten Massaker fanden im Umkreis des umstrittenen Cabora-Bassa Projektes statt,für das die Bundesregierung einen Exportkredit über 286 Mio DM an die portugiesische Regierung gab und das sie mit einer 404 MIO DM Bürgschaft absichert.Einen offenen Brief der FRELIMO ("Wenn wir den Damm nicht zerstören,wird er uns zerstören und das weiße rassistische Afrika die Partie für immer gewonnen haben") an Willy Brandt im Februar 1970 beantwortete Bonn mit Waffenlieferungen an Portugal und dem Hermes-Vertragsabschluß am 5.7.70(Aussage der Vorstandsvorsitzenden von ABC und Hoch-Tief auf den Aktionärsversammlungen 1972)
Die Bundesrepublik ist größter Außenhandelspartner Portugals,zweitgrößter Investor.Aus der Kolonie Angola bezieht die BRD seit April 73 Erdöl.Krupp bezieht von dort von 1968 jährlich für 70 Mio DM Eisenerze.Nicht nur die portugiesische Regierung und die Söldner sollte man daher wegen der Massaker verurteilen.
Wir fordern von der Bundesregierung:
Sofortiger Stopp der Lieferungen aller Kriegsgüter an Portugal,
Verbot der Lizenzproduktion Westdeutscher Waffen in Portugal,
Aufforderung an Lissabon,sofort alle Westdeutschen Kriegsgüter aus den Kolonien abzuziehen,
Rücknahme der Hermes-Bürgschaft für das Cabora-Bassa-Projekt(Juristisch möglich)
und Beendigungen der wirtschaftlichen Unterstützngen für Portugal.
Bei weiteren Erfolgen der Frelimo,PAIGC und MPLA wir die Bundesregierung diese Forderungen sicherlich erfüllen.

München(ID)

Strafantrag gegen Trikont-Verlag wegen Schallplatte

Die Münchener Staatsanwaltschaft hat Strafantrag gegen den Trikont Verlag gestellt und zwar wegen der von ihm herausgegebenen Langspielplatte mit Liedern der neu entstandenen Arbeiterbewegung; Titel:Arbeitersache.

Das Ermittelungsverfahren

Das Ermittlungsverfahren,daß die Anschuldigung der Staasverleumdung erhärten soll,läuft bereits.Es ist mit einem Verkaufsverbot der Platte zu rechnen.

Frankfurt(ID)

De la Savia,Auslieferung-oder Handel?

Der zwei Jahre in Wiesbaden ansässige Italiener Ivo della Savia ist nach einer Entscheidung des Bundesjustizministeriums in Bonn nach Italien ausgeliefert worden.Della Savia befand sich seit Januar 1973 in Abschiebehaft.

Die Italienisch Regierung hat den Antrag auf Auslieferung della Savias mit der Begründung gestellt,er habe Sprengstoff besessen und transportiert,mit dem nach Meinung der italienischen Staatsanwaltschaft ein Attentat am 12 Dezember 1969 auf die nationale Landwirtschaftsbank in Mailand verübt worden sei.Mehr als zwei Jahre hat die italienische Justiz die Valpreda-Gruppe für dieses Atttentat verantwortlich gemacht.Ivo della Savia befand sich zum Zeitpunkt dieses Attentats navhweislich nicht in Italien.Valpreda, der von der italienischen Justiz als der Hauptschuldige präsentiert worden war,wartete drei Jahre lang in italienischen Untersuchungsgefängnissen auf seinen Prozeß,der immer wieder verschoben und schließlich vertagt wurde.Valpreda war schließlich aus der Untersuchungshaft entlassen worden,als die Beweismittel gegen Angehörige faschistischer Gruppen immer erdrückender wurden und nachdem bekannt geworden war, daß die entsprechenden Ermittlungsakten im italienischen Innenministerium verschwunden waren.

Erst nach der Verhaftung der italienischen Faschisten Freda und Ventura und nach der Haftentlassung Valpredas erließen die italienischen Behörden Haftbefehl gegen Angelo und Ivo della Savia und verlangten von der Bundesregierung die Auslieferung der beiden Italiener.

Am 23. März 1973 fand die mündliche Verhandlung gegen Ivo della Savia vor dem 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts in Frankfurt statt. Nach Anhörung der Zeugen konnte das OLG den politischen Charakter dieses Falls nicht mehr leugnen noch konnte es davon ausgehen, daß Ivo della Savia in Italien mit einem fairen Prozess rechnen kann. Da 14 Entlastungszeugen Valpredas, darunter auch der dritte der della Savia Brüder, Mario, auf mysteriöse Weise ums Leben gekommen waren, mußte das Gericht wissen, daß Ivo della Savia in Italien sogar um sein Leben fürchten muß.

Bevor das Gericht den Antrag der Anwälte, Bergmann und Demski, auf Aufhebung des Auslieferungshaftbefehls ablehnte und die Beschlußfassung auf schriftliche Weise ankündigte, wurde vom Präsidenten des 2. Strafsenats des OLG, Weil, die Art der Entscheidung durch die Ankündigung vorweggenommen, im allgemeinen pflege man in Übereinstimmung mit dem befreundeten Ausland zu entscheiden. Dies geschah kurze Zeit später.

Während das OLG die Entscheidung über die Auslieferung von Ivo della Savia vertagte, hielt sich Bundespräsident Heinemann in Italien auf, wo er sich für die Begnadigung des SS-Sturmbandführers und ehemaligen deutschen Polizeichefs von Rom, Herbert Kappler, einsetzte. Kappler war 1948 "als Vollstrecker des Blutbades in den Ardeatinischen Gräben zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden" (FAZ 7.11.1952). Er war verantwortlich für die Hinrichtung von 335 Geiseln im Frühjahr 1944, die Vergeltungsaktion für einen Partisanenanschlag, bei dem 31 deutsche Soldaten aus Hitlers Armeen getötet worden waren (vgl. FAZ 27.10.1952 und 23.3.1973). Am 8. Juni erklärte das OLG die Auslieferung von Ivo della Savia für zulässig. Im Gegensatz selbst zur italienischen Staatsanwaltschaft hat der 2. Strafsenat des OLG Frankfurt eine Mittäterschaft von Ivo della Savia an dem Mailänder Attentat konstruiert und damit die Abschiebung des Italieners begründet. Der politische Charakter der Anklage gegen Valpreda u.a., darunter auch Ivo, wurde im Gegensatz zu richterlichen Äußerungen während der mündlichen Verhandlungen bestritten: "Nach § 3 Abs. II DAG sind politische Taten nur die strafbaren Angriffe, die sich <u>unmittelbar</u> gegen den Bestand oder die Sicherheit des Staates, gegen das Oberhaupt oder gegen ein Mitglied der Regierung des Staates als solches, gegen eine verfassungsmäßige Körperschaft ... oder gegen die guten Beziehungen zum Ausland richten ... Angriffe gegen Banken und Denkmäler sind nicht <u>unmittelbar</u> gegen den Bestand und die Sicherheit des Staates gerichtet ... Auch sind Sprengstoffverbrechen nicht schon als solche politische Taten." (Begründung 2 Ausl. 5/73). Das OLG verneint auch, daß es sich bei dem Sprengstoffdiebstahl und -besitz um eine politische Zusammenhangstat handelt: "Vielmehr ergibt sich lediglich, daß die Gruppe einzelne Anschläge verübt haben soll, die nicht im Rahmen eines geplanten Aufstandes, sondern gewissermaßen als ein, die Öffentlichkeit aufrüttelndes Fanal gedacht waren."(Begründung 2, Ausl. 5/73)

Außerdem hat sich die Zusammensetzung des Gerichts, das über die Auslieferung entschieden hat, zwischen mündlicher Verhandlung und Beschlußfassung verändert, so daß ein Gericht entschieden hat, das nicht entscheiden durfte. Einer der Richter, Dr. Griebeling, der während der mündlichen Verhandlung im Gegensatz zu den beiden anderen Senatsmitgliedern, dem Senatspräsidenten Weil und dem Richter Dr. Blau, an seiner Überzeugung hinsichtlich des politischen Charakters des Auslieferungsersuchens der italienischen Behörden und des Valedaprozesses keinen Zweifel gelassen hatte, ist

inzwischen zum Ermittlungsrichter des BHG (Bundesgerichtshof) für politische Strafsachen und zum Untersuchungsrichter des OLG avanciert. Dieses OLG (2. Strafsenat) fällte darüberhinaus kürzlich eine höchst makabre Entscheidung. Der Rechtsanwalt Röder aus Bensheim, dessen Marotte es ist, Sachbeschädigung zur Bekämpfung von Pornographie zu begehen, wurde mit der Begründung, er habe in Notwehr gehandelt, als er Schaufenster einschlug, in denen nach seiner Meinung pornographische Schriften ausgestellt waren, freigesprochen.

Die Anwälte Ivo della Savias beantragten gegen den Beschluß, der die Auslieferung für zulässig erklärte, eine einstweilige Anordnung beim Bundesverfassungsgericht und legten gleichzeitig Verfassungsbeschwerde ein. Im Auftrag ihres Mandanten stellten sie außerdem Strafanzeige wegen Rechtsbeugung gegen die Richter des OLG. Das Bundesverfassungsgericht - Erster Senat entschied in aller Eile am 3. Juli (1 BvR 222/73) über die Zulässigkeit der Auslieferung, dies bevor die gesetzliche Begründungsfrist der Verfassungsbeschwerde abgelaufen war (frühestens 14. Juli). Da dieser Beschluß des Bundesverfassungsgerichts nichtig ist, legten die Anwälte erneut Verfassungsbeschwerde ein. Am 17. Juli erfuhr man aus der Presse, daß der Bonner Justizminister die Auslieferung Ivo della Savias für den 24. Juli angeordnet hat. Die Entscheidungen über die Verfassungsbeschwerde, die einstweilige Anordnung und die Strafanzeige wegen Rechtsbeugung wurden erst gar nicht mehr abgewartet.
Ein Kommentar erübrigt sich.

Frankfurt(ID)
Komittees gegen die Isolationsfolter an politischen Gefangenen
Kontaktadresse:Jürgen Roth;6 Frankfurt;Hermannstr.8

Offener Brief an den Bundesminister der Justiz und den Bundesminister des Inneren
Mittlerweile ist in der Öffentlichkeit bekanntgeworden,welchen Maßmahmen die politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin ausgesetzt sind:bislang handelte es sich um die strenge Isolation über Monate und Jahre,die nach wissenschaftlichen Untersuchungen zu schweren psychischen und körperlichenSchäden führen.Jetzt hat der BGH sein letztes Argument gegen den Vorwurf der Isolationsfolter, die Gefangenen könnten für ihre Verteidigung arbeiten,selbst zerschlagen.Am 16.7.1973 wurden von der Sicherungsgruppe Bonn auf

Geheiß des BGH sämtliche schriftliche Aufzeichnungen,Prozeßunterlagen Einschließlich verschloßener Briefe an die Verteidiger bei sieben politischen Gefangenen beschlagnahmt.Damit sind die Arbeitsversuche der politischen Gefangenen von Monaten und Jahren vernichtet. Nach dem Recht anderer demokratischer Staaten wird nach solchen staatlichen Eingriffen in die Verteidigung das Verfahren eingestellt.(Fall Ellsberg in den USA).Die Begründung für diese Maßnahmen sind Verdächtigungen gegen die Verteidiger,die offensicht - lich das Ziel haben,die Anwälte zu kriminalisieren ,von ihrer Berufausübung auszuschließen und die Gefangenen ihrer Verteidigung zu berauben.Es zeichnet sich jetzt schon ab,daß dieses Vorgehen ebenso gesetzlicher Grundlage entbehrt,wie der Ausschluß des Verteidigers Schilly.Auch demals lag ein Beschluß des BGH vor,der später vom Bundesverfassungsgericht als gesetzlos bezeichnet werden mußte.
Die jüngsten Maßnahmen gegen die politischen Gefangenen und ihre Verteidiger sind vor dem Hintergrund einer zunehmenden Beunruhigung der Öffentlichkeit über den systematischen Abbau rechtsstaatlicher Garantien in der BRD zu sehen.Verschwiegen wurde der Öffentlichkeit bisher,daß medezinische Untersuchungen beantragt sind,die gegen den Willen der Gefangenen ohne Rücksicht auf die Folgen für ihr Leben durchgeführt werden sollen. Es war bisher totalitären Staaten vorbehalten,mit solchen Mitteln die politische Identität ihrer Gegner als Geisteskrankheit abzustempeln.
Prallel zu diesen Maßnahmen,die die Zerstörung der politischen Gefangenen schon in der Untersuchungshaft zum Ziel haben, plant die Bundesstaatsanwaltschaft das monströseste Strafverfahren der deutschen Rechtsgeschichte. Einen Tag nach dem ungeheuerlichen Vorgehen des BGH am 16.7.1973 ließ sie öffentlich wissen,daß für die die Jahre 1974/75 ein Prozeß geplant ist,in dem die Sprengstoffanschläge des Jahres 1972 der Roten Armee Fraktion im Sinne des Gesamtvorsatzes angelastet werden sollen.Damit hat sie ein ausgesprochenen Gesinnungsprozeß angekündigt.Die Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppe soll die Grundlage für eine pauschale Verurteilung sein.Zur Durchführung eines solchen Verfahrens ist es in der Tat notwendig,zuvor die Anwälte durch Kriminalisierung auszuschalten.
Wir fordern:
1. Aufhebung der Isolationsfolter bei allen politischen Gefangenen und deren Gleichstellung mit allen anderen Gefangenen.
2. Das sofortige Verbot ärztlicher Eingriffe ohne Einwilligung des Betroffenen
3. Die sofortige Einstellung aller gegen die Verteidiger von politischen Gefangenen eingeleiteten Verfahren.

London:(PNS) Stoke-Newton Five-Comittee

Das Kommittee,das sich um die Belange der"Stoke Newington Five", fünf englischer Genossen,die wegen Verschwörung im Zusammenhang mit nicht nachgewiesenen Sprengstoffanschlägen zu je 10 Jahren Gefängniss verurteilt wurden,kümmert,gibt folgende Information heraus:

Hilary Greez ist schwer erkrankt(Nervenleiden) und wird ins Frien Bornet Hospital gebracht sobald ein Bett frei ist.Anne Mendleson arbeitet in der Bibliothek des Holloway Gefängnisses und hofft auf einen Abschluß ihres Musikstudiums.

Nachdem der letzte Einspruch gegen die Urteile von vieren abgelehnt worden war-Jake Presscotts Urteil war von 15 auf 10 Jahre gesenkt worden- wurden Jim Greenfield,John Borler und Jake Presscott zwecks Isolation in verschiede Gefängnisse gebracht.(Wakefield, Wormwood,Scrubs und Gartree)sobald die Autoritäten es arrangieren konnten.

Jim und John überlegen gerade,welche Art des externen Studiums sie im Knast machen wollen und Jake studiert gerade durch die Open University.

Das Komittee bittet um Spenden,nicht nur Bücher,sondern auch Geld für Kleider,persönliche Bedürfnisse etc.

Adresse:Stoke Newington Five Welfare Comittee;54 Harcombe Road
London N16

London: (PNS) Multinationales Imigrantenzentrum

Ein Zentrum für imigrierte Arbeiter (Gastarbeiter)im Nord-London Kensington-Distrikt beginnt am 22.Juli mit freiem Englisch Unterricht der regelmäßig stattfindet.

Im Leitfaden,in Italienisch,Spanisch und Arabisch des multinationalen Imigrantenzentrums steht,daß der Englischunterricht eine eigene Idee und Entwicklung darstellt;geholfen wird ihnen von Englisch Lehrern, "die uns immer,auch während der örtlichen Häuserkämpfe zur Seite Standen".

Die Aufgabe des Englisch Kurses ist-nach dem Leitfaden- die Unterdrückung und Isolation,deren Ursache auch die Unkenntnis der Landessprache ist,aufzuheben.Die Arbeiter leben unter"generellen und fortgesetzten Bedingungen der Untergeordnetheit in Bezug auf Hausbesitzer und deren Befugnisse;die Stadtverwaltung undderen Handlanger, die Ausbeuter und ihre Arbeitsbedingungen,zu Englischen Arbeitern genauso wie zu anderen Immigrantengruppen."

Die Kenntnis der Landessprache ist"unsere Hauptwaffe,mit der wir uns verteidigen und unsere Situation ändern können"schreiben sie.

Das multinationale Immigrantenzentrum wird neben den Sprachkursen Informationen und Hilfe anbieten mit der Perspektive"ein Organisa-

tionszentrum für Widerstand und Aktionen aller Ausgebeuteten des Bezirks "zu werden.
Adresse:60 St.Ervans Road,London W.1o

Nottingham: (PNS)
Gefeuerte Arbeiter und Journalisten geben eigene Zeitung raus.

Journalisten und Drucker,die bei zwei Nottinghamer Zeitungen ihren Job verloren(Guardian Journal und Evening Post)starteten diesen Monat eine eigene Zeitung mit Name:The Press.
Die Arbeiter hatten Auseinandersetzungen mit T.B.Foreman ,Besitzer des Guardian Journals,seit sie sich am 18.Juni weigerten mit neuen Maschinen zu arbeiten,für die es noch keine nationale Arbeitsbestimmung gab.Am 29. Juni gab das Management die Schließung des Betriebes bekannt.Die Mitglieder der englischen Journalistenunion und von vier Druckervereinigungen widersetzten sich dem Beschluß des Managements.
Eine Erklärung in der ersten Nummer der"Press"besagt,die Zeitung sei dazu da,den Standpunkt der Gewerkschaften bekannt zu machen und um "einen Service bereitzustellen,der die Nottinghamer Zeitungsleser mit Nachrichten und Einschätzungen versorgt".Ein weiterer Grund ist,"ein Sprachrohr für die Probleme des Volkes aufzubauen".
Die erste Ausgabe beinhaltet weiter eine Chronologie des Betriebskampfes und einen offenen Brief an den Chef.Weiter wird über die Demonstration von 100 Müttern zum Nottinghamer Rathaus berichtet.Die Frauen wehren sich gegen die beschissenen Wohnverhältnisse.
Die neue Zeitung wir von der Stadtteilgruppe Nottingham unterstützt.
Die Stadtteilgruppe und andere pol. Gruppen boykottieren die Evening Post solange sie von Streikbrechern produziert wird.Die Reporter dieser Zeitung sind von Informationen und Treffen ausgeschlossen.

Besancon:(PNS) Lip-Arbeiter kontrollieren Journalisten
Da die kollektive Produktion in der Lip-Uhrenfabrik in Besancon (Frankreich) seit dem vor über einem Monat stattgefundenen work-in (eine Ableitung von teach-in,sit-in etc.)fortgesetzt wird,(die Arbeiter haben den Betrieb besetzt und produziern weiter ohne Meister und Chef,ohne Unterdrückung)hat die Agence de Presse Liberation Details veröffentlicht,in welcher Art Journalisten und die von Ihnen geschriebenen Artikel von dem Kollektiv kontrolliert werden.
"Vom ersten Tag der Arbeiterselbstverwaltung an gab es ein Propagandakommitee,u.a. mit der Aufgabe,mit den Journalisten zusammenzuarbeiten,die kamen und die in der Presse erscheinenden Ar-

tikel zu prüfen.Jeder Journalist,der die Fabrik besucht, wird von einem Mitglied des Kommitees begleitet.Er kann sich ansehen was er will,interviewen wen er will(meist stellen sich Gruppen von Arbeitern den Fragen,da sie ein besseres Bild vermitteln können als Individuen) aber er ist immer unter Aufsicht.So verhindern die Arbeiter,daß ein Mitglied des Managerstabes,der sich geweigert hatte die work-in Bewegung zu unterstützen,in der Fabrik eine Pressekonferenz abhalten konnte. ""So kommt es,daß viele Journalisten,viele von Auswärts,mit den Arbeitern in der Kantine essen und auch in der Fabrik schlafen, was einen Pariser Korrespondenten veranlaßte zu sagen:Irgendetwas hat sich bei den Journalisten in Lip verändert,wir haben keinen Anlaß mehr unerhrlich zu sein oder vorsätzlich Fakten in unseren Artikeln auszulassen.

Den Journalisten ist jede Möglichkeit gegeben,die es ihnen erlaubt, ihrem Job ehrenvoll nachzugehen obwohl unter den Arbeitern von Lip eine Trennung gemacht wird,in"zweiPressen",die,die es ehrlich meint und die andere,die sie betrügt.

Jeden Morgen untersucht das Propaganda Kommitee die Zeitungen.Artikel werden ausgeschnitten und analysiert.Enthält der Artikel falsche Angaben oder betont Aspekte,die die Arbeiter für nebensächlich halten wird der Journalist kritisiert.Eine Arbeiterin sagt:"Wir informieren ihn,daß er es richtigstellen kann."" APL

SPANIEN/SORIA (API)

Hungerstreik im Gefängnis von Soria

Die letzten Informationen besagen, daß die politischen Gefangenen im Soria-Gefängnis darauf bestanden, bis mindestens zum Freitag, den 21.6. im Hungerstreik zu bleiben. Nur zwei der in Hungerstreik Getretenen haben inzwischen aufgehört, weil sie sich schon in einem schlechten Gesundheitszustand befanden.

Wie wir in der vorherigen Ausgabe ankündigten, wird API demnächst ein umfangreiches Dossier mit der ganzen Dokumentation über den Streik und auch die Zustände in anderen Gefängnissen veröffentlichen.

Nachfolgend fassen wir die Erklärungen der an dieser revolutionären Aktion Bteiligten, die verschiedenen solidarischen Reaktionen und Handlungen, sowie die gegenwärtige Lage der im Kampf befindlichen Gefangenen zusammen:

Der Streik fängt an. - Seit Sonntag, den 10.6. sind die politischen Gefangenen von Soria in den Hungerstreik getreten. Sie haben sich damit 7 anderen Gefangenen angeschlossen, als diese in Strafzellen gebracht worden waren, weil sie streikten.

Außer der Mitteilung der Gefangenen, die wir anschließend widergeben, zeigen die letzten Nachrichten, die uns erreichten, daß der Streik die letzte Stufe der Gewalt erreicht hat. Die Gefangenen, die sich

in Strafzellen befinden, sind auf barbarische Weise verprügelt und gefoltert worden, um sie zu dem Geständnis zu zwingen, daß sie an der Ausarbeitung einer Dokumentation und an ihrer späteren Herausschaffung aus dem Gefängnis beteiligt waren. Diejenigen, die unter der härtesten Behandlung zu leiden hatten, sind Jokin Gorostidi, Xabier Larena und Jesus Abrisqueta. Als Beweis für die unfaßbaren Ausmaße der Folterungen mag gelten, daß diese Männer, obwohl sie große politische Erfahrungen mit Verhaftungen und Folterungen haben, dazu gekommen sind, eine Erklärung zu unterschreiben, in der sie die Beschuldigungen anerkennen. Mit 2o Tagen Strafzelle wurde Beguiristai und Lopez Irasuegui bestraft, mit 30 Tagen Inaki Orbeta, Aizpurua und Larena, und mit 70 Tagen Jokin Gorostidi. Die Strafe für Abrisqueta ist noch nicht bekannt.
Die schlimmsten Folterer unter der gesamten Gefängnisbelegschaft von Beamten und unter den Guardias Civiles sind die Guardias Civiles D. Gregorio und José Depredo, außerdem die Beamten Juan Manuel "el gitano" und Lela.
Das gemeinsame Vorgehen von Polizei und dem Gefängnisdirektor ist inzwischen offenkundig. Andererseits besagen die neusten Nachrichten, daß die Gefangenen ein Stadium von Verzweiflung erreicht haben, das sie daran hindert, vorauszusehen, was weiter geschehen wird. Auf jeden Fall sind sie "nicht bereit, es länger hinzunehmen, daß sie verprügelt werden".

Hier die Mitteilung, mit der der Streik begonnen wurde:

Im Kampf gegen die Unterdrückung. -
Wegen der repressiven Bedingungen, denen wir ständig ausgesetzt sind, die wir schon bei anderer Gelegenheit angeprangert haben und die letztlich noch schwerere Formen angenommen haben mit der Internierung von 7 Genossen in Strafzellen, erklären wir, die politischen Gefangenen des Gefängnisses von Soria, die wir am Ende unterzeichnet haben, den Beginn eines UNBEGRENZTEN HUNGERSTREIKS AB 10. JUNI, um die folgenden Foderungen durchzusetzen: wir verlangen:
- die Unterbringung aller politischen Gefangenen, die heute entweder in Gefängnissen im ganzen Land verstreut oder aber in einem Gefängnis getrennt voneinander sitzen, in einem oder zwei gesonderten Gefängnissen;
- die sofortige Ablösung des Gefängnisdirektors José Manuel de la Fuente Rodriguez, wegen seiner repressiven Maßnahmen, die darauf abzielen, uns auszurotten: ständige Züchtigung in den Strafzellen, Verhaftung unserer Familienangehörigen, Unterschlagung unserer Post, rigorose Zensur aller Arten von Büchern, Zeitungen, Zeitschriften... die offiziell zugelassen sind, fortgesetzte Provokation und Androhung von Sanktionen, Erpressung, um die politischen Gefangenen zu Komplizen der Polizei zu machen;
- eine substantielle Verbesserung der mündlichen Kommunikation, um minimale menschliche Beziehungen mit unseren Angehörigen zu ermöglichen;
- die Abschaffung der willkürlichen und irrationalen Kriterien für die Postzensur mit unseren Angehörigen;
- den freien Zugang zu allen Büchern, Zeitschriften und Veröffentlichungen, die vom spanischen Staat zugelassen sind.
Nachdem wir alle legalen Möglichkeiten ausgeschöpft haben, beginnen wir mit diesem Hungerstreik, um das oben genannte zu erreichen, nicht zuletzt auch, um ein weiteres Mal zu beweisen, daß wir nur durch die revolutionäre Gewalt dazu kommen können, die Formen der terroristischen Herrschaft der Diktatur, die die spanische Regierung ausübt, abzuschaffen.
Wir richten einen dringlichen Appell an alle akademischen Brufsverbände (orig.: 'colegios profesionales), und vor allem an die Ärzte- und Anwaltskammern von Madrid, Barcelona, San Sebastian, Bilbao und Sevilla, sowie an deren jeweilige Zentralstellen, erstens, damit sie nachweisen, wie uns in der Strafzelle systematisch unsere Rechte verweigert werden und die Erfüllung dieser Rechte verlangen,

und zweitens beanspruchen wir in der mißlichen Lage, in der wir uns befinden, ärztliche Versorgung.
Abschließend wollen wir der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk, die in den verschiedensten Formen diesen Kampf unterstützen, um ihn zum Sieg zu führen, unser ganzes Vertrauen ausdrücken.

(Es folgen die Unterschriften aller beteiligten politischen Gefangenen und die Organisationen, denen sie angehören).

Dokument I Frankfurt

Bericht zur Situation
im Kampf um die besetzten Häuser
BOCKENHEIMER LANDSTR. 111/113 und SCHUMANNSTR. 69/71

Vorgeschichte:
Als Antwort auf die brutale Räumung des Hauses im Grüneburgweg 113 im September 1971 wurde anläßlich einer Demonstration gegen den Polizeiterror und die Wohnungsnot in Frankfurt Anfang Oktober 71 die Bockenheimer Landstr. 111/113 und kurz darauf die ebenfalls leerspekulierten Häuser um die Ecke in der Schumannstraße 69/71 besetzt.

Der politische Wert dieser Besetzungen lag - gemessen an früheren derartigen Aktionen - in seiner dezidiert antireformistischen Stoßrichtung: NICHT DIE AUSWÜCHSE DER KAPITALISTISCHEN VERHÄLTNISSE GILT ES ANZUGREIFEN, SONDERN DIESE VERHÄLTNISSE SELBST UND DEREN SPIELREGELN!

Die Wohnheim GmbH:
Nachdem in Frankfurt das Dutzend besetzter Häuser überschritten war, und die Stadt lange Zeit sich politisch und juristisch völlig im Unklaren darüber war, wie mit derartig genutzten "Freiräumen" zu verfahren sei, übertrug man schließlich, nach Erlaß des Sozialbindungspapiers im Frühjahr 1972, der "sozialen und gemeinnützigen Gesellschaft für Arbeiterwohnungen", der Wohnheim GmbH (gehört zu 99% der Stadt), die ehrenvolle Aufgabe, mit den besetzten Häusern Nutzungsverträge auszuhandeln. Im Juni 1972 wurden schließlich auf den 31.3.73 befristete Verträge abgeschlossen.
Diese Verträge kamen unter anderem deshalb zustande, da ein Großteil der Bewohner dieser Häuser glaubte, es gegenüber der Öffentlichkeit nicht legitimieren zu können, keine Miete zu zahlen. Unser Fehler war damals, daß wir es versäumten, eine politische Analyse über die Funktion der Wohnheim GmbH zu erstellen, Verträge mit dieser Institution mit einer politischen Begründung öffentlich abzulehnen und Selbstverwaltung zu verlangen.
Nachdem durch die Hausbesetzungen die Wohnungssituation in Frankfurt zu einem Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen geworden war, schuf die SPD flugs "ihr Sozialbindungspapier", mit dessen Hilfe in Zukunft das Leerstehenlassen und Zweckentfremden von Wohnungen unterbunden werden sollte. Dabei sollte das Amt für Wohnungswesen die Verfolgung von Verstößen gegen das Papier und die Wohnheim GmbH die Verwaltung von bislang leerstehenden Abrißhäusern übernehmen. Beides schlug fehl. Das Amt ist hoffnungslos überlastet (vgl. NP 10.6.73) und die Wohnheim GmbH nicht in der Lage, die Spekulanten dazu zu überreden, denn zwingen kann man die Eigentümer nicht, ihre Häuser wenigstens bis zum Abrißtermin einem "gemeinnützigen Zweck" zur Verfügung zu stellen.
Wie hirnrissig und absurd das Ganze ist, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die Wohnheim GmbH im Grunde nichts anderes betrieb, als den Spekulanten, die es oft doch "allzu dreist" treiben, in der Öffentlichkeit noch die Möglichkeit zu geben, sich um das Gesamtwohl

[illegible]
ein, zwei Häuschen zu Wohnzwecken zur Verfügung [illegible].
Aber offenbar hat es bislang nur die SPD nötig, sich sozial zu geben, denn die Spekulanten scherten sich einen Dreck um derartige Verordnungen. So schlugen sie das blendende Angebot der SPD, nämlich, daß eine städtische Institution hergeht und den Spekulanten anbietet, deren Häuser zu verwalten, Grundgebühren zu zahlen, Reparaturen auszuführen, die sich für diese kurzen Zeiträume kaum lohnten, und sich schließlich dazu verpflichtet, wenn der Eigentümer glaubt, sein Bodenwertzuwachs würde jetzt optimalen Profit bringen, für diesen die Mieter dann wieder rauszuklagen und gar den Mietern die Zahlung der Klage aufzuerlegen, schlichtweg aus.
Stadtdezernent Berg wußte dazu nicht mehr zu sagen, als daß wieder einmal die Hausbesetzer daran schuld seien, da diese sich nicht an Verträge hielten, und bei jedem Abriß Schwierigkeiten machten, was er offenbar keinem der Herren Spekulanten zumuten kann.

Zum juristischen Stand der Dinge:
Im März 1973 liefen die Verträge mit der Wohnheim GmbH aus. Bereits zwei Monate vorher hatten wir von dieser "gemeinnützigen Gesellschaft" eine Verlängerung des Mietverhältnisses gefordert, womit wir, juristischen Gepflogenheiten gemäß, dem neuen Mietrecht nachkamen.
Die Wohnheim GmbH konnte uns somit nur noch kündigen, wenn sie stichhaltige Gründe dafür anführte. Sie tat dies denn auch, und kündigte mit der Begründung: "Dem Abriß der Häuser stünde nichts mehr im Wege".
Selbst wenn dem Abriß der Häuser juristisch nichts mehr im Wege stünde, was übrigends auch nicht der Fall ist, so wären es doch immerhin die jetzigen Bewohner selbst gewesen, die dann noch im Wege waren. Aber den Bürokraten kann man wohl nicht zumuten, auf derart "abwegige" Gedanken zu kommen.
So bleibt eben nur die formaljuristische Argumentation, und selbst diese ist sehr zwiespältig. Es gibt zu dem Projekt von Bubis, Landschaft, Singer, einem 28-stöckigen Büroturm, zwar eine Bauvoranfrage, die aufgrund einer 1-Millionen-Stiftung von Bubis an die Stadt auch positiv beantwortet wurde, jedoch liegt bislang keine Abriß- bzw. Baugenehmigung vor. Nach Auskunft der Architekten des Projekts, beabsichtigt Bubis zur Zeit noch nicht abzureißen.
Wenn man der Wohnheim GmbH und SPD einmal unterstellt, daß diese "wissen, was sie tun", könnte man zu dem Schluß kommen, daß der Versuch unternommen wurde, unter dem Vorwand formaljuristischer Argumentation, den politischen Zweck zu verfolgen, endlich Schluß mit den besetzten Häusern in Frankfurt zu machen. Um den Rausschmiß öffentlich politisch zu legitimieren, fehlen der SPD die Argumente. (Sie selbst machte bei den letzten Wahlen noch Werbung mit den besetzten Häusern.) Um endlich die unleidigen Kritiker kommunaler Stadtplanung vom Halse zu kriegen, versucht man nun den anderen Weg, nämlich die Bewohner dieses Häuserblocks zu diffamieren und zu kriminalisieren (siehe hierzu eine Reihe von Pressemeldungen z.B. Müller: "Brutstätten der politischen und sonstigen Kriminalität", Arndt: "Die wollen nur die Konfrontation", Berg: "Leben auf Kosten der Steuerzahler", Bemerkung im Hess. Rundfunk: "Hier wohnt die Speerspitze der Revolution", u.a.), ferner der Versuch, uns zu provozieren: am 3o.6. verboten uns Bullen, die mit Mannschaftswagen und Hunden vorgefahren waren, auf den Bürgersteigen zu sitzen. Sie spritzten mit Tränengas, als wir sie auslachten; Anwalt und Schriftsteller Alexander Kluge, der dabeistand, machte Meldung bei der Presse, die unterdrückt wurde. All das läßt bestimmt die Vermutung zu, daß eben die
BEWOHNER DES BLOCKS DER SPD IM WEGE SIND UND NICHT BANKEN UND SPEKULANTEN, DIE NUR DEN WUNSCH HABEN, MIT IHREM BÜROTURM EINEN WEITEREN BEITRAG ZUR "MENSCHLICHEN STADT" ZU LEISTEN!

Am 28.6. begann dann der erste einer Reihe von Prozessen, die jeweils gegen die einzelnen Wohngemeinschaften getrennt geführt werden.

parallel dazu laufen Dutzende von Mietstreikprozessen, wo ausländische Familien aus den Häusern geklagt werden sollen. Wir benutzten diesen Termin, um über Lautsprecherwagen an der Hauptwache zu den Prozessen Stellung zu nehmen, um mit der Bevölkerung über Frankfurter Wohnverhältnisse zu reden.
Ergebnis: Wasserwerfer und Hundertschaften von Bereitschaftspolizei verboten das Reden, beschlagnahmten vor den Augen von Hunderten von Leuten den Lautsprecherwagen und verhinderten somit, daß weiter über die Zustände in dieser Stadt geredet werde. Ihre Aktion ersparte uns denn auch langes Reden. Die Genossen im Bus bekamen Anzeigen wegen Verstosses gegen das Versammlungsgesetz, unsere Pressemeldung wurde selbstverständlich unterschlagen!

<u>Zur politischen Lage:</u>
Klar ist, daß der Kampf um die Ecke Bockenheimer Landstr. 111/113 und Schumannstr. 69/71 nicht der isolierte Kampf einiger Hausbesetzer um ihre Wohnungen sein kann. Es muß deutlich werden, daß die Vernichtung von Wohnraum kein Ausnahmefall ist, sondern den Regeln spätkapitalistischer Verhältnisse entspricht, daß eben diese Verhältnisse selbst es sind, die eine "menschliche Stadt" unmöglich machen, die in ihrer ganzen Konsequenz letztendlich die Zerstörung jeglicher menschlicher Kommunikationsstrukturen zur Folge haben.

Schon eine erstaunlich große Solidarität mit den Hausbesetzern bei den Kämpfen um den Kettenhofweg 51 zeigte, daß isolierte Wohnungskämpfe ansatzweise durchbrochen werden können. Angesichts der Tatsache, daß von der vilegerühmten "Lebensqualität", mit deren Hilfe die SPD den Wahlkampf gewonnen hatte, nicht mehr viel übrig geblieben ist, daß bei Tarifabschlüssen von 8,5 % einwandfrei den Arbeitern der Lohn beschnitten wurde, und dies trotz Hochkonjunktur, daß die Dollarkrise und die Inflation es schließlich geschafft haben, das erste Mal seit 1952 den Reallohn der arbeitenden Bevölkerung zu senken, angesichts dieser Tatsachen stößt der Kampf um die Erhaltung und Verbesserung unserer Lebensbedingungen immer mehr auf reges Interesse bei der Bevölkerung.
In zunehmendem Maße organisiert sich eine BEWEGUNG, die in ihrer Tendenz antikapitalistisch ist, die nicht fragt nach Parteiinteressen, sondern radikal von ihren BEDÜRFNISSEN her argumentiert, die zu Aktionen fähig ist, in deren Verlauf zwangsläufig Kapitalinteressen angegriffen werden, Aktionen, die konsequent dann zur Konfrontation mit der Staatsgewalt führen, und in deren Verlauf die sich artikulierenden Bürger selbst Erkenntnisprozesse machen können, die immer deutlicher den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aufdecken und zur Radikalisierung von Bürgerinitiativen führen.
Die Beispiele sind bundesweit: NORDHORN, BLEICHSTRASSE, BERGERSTRASSE, KINDERDEMONSTRATIONEN, BÜRGERINITTIATIVE OLYMPIA 73 (wo 1ooo Leute das Olympiadorf besetzen wollen).

Ich bin an dieser Stelle nicht in der Lage, diese Analyse weiter auszuführen, ich meine jedoch, die Tendenz wäre deutlich.
Unsere Aufgabe muß nun sein, den Kampf um die Bockenheimer und Schumannstraße mit dem Kampf der Leute in der Bleichstraße, mit dem Kampf der Münchner um das Olympadorf, mit dem Kampf der ausländischen Arbeiter gegen Wuchermieten, mit dem Kampf vieler Eltern um Spielplätze, und schließlich mit dem Kampf der Arbeiter in den Fabriken zu verbinden. Nur unter diesen Perspektiven bedeutet die Verteidigung der Ecke mehr als der bornierte Kampf einer kleinen radikalen Minderheit. Gelingt es, die oben aufgezeigte Bewegung erheblich zu verstärken, so kann die SPD ruhig mit ihren Spezialeinheiten diese Häuser räumen. Ihr Sieg wird nur ein dummer militärischer sein, unser Sieg wird ein politischer sein.

VENCEREMOS

Die Besetzer der Bockenheimer/Schumannstraße
Der Häuserrat

Dokument II   Bericht des Mietstreik-Kollektivs Bergerstr.252
Frankfurt :

Dies ist die Geschichte der Frau Hee und ihres Verwalters Herrn Pool, Eigentümer des Hauses in dem wir wohnen, Eigentümer des Blumengeschäfts und Eigentümer eines neuen Textilgeschäfts, welches sie erst vor kurzem eröffneten.

Bevor wir in die Bergerstraße einzogen- das war von ungefähr 4 Jahren - wohnten amerikanische und deutsche Familien in diesem Haus, die pro Wohnung nicht mehr als 15o DM zahlten. Kurz nachdem wir eingezogen waren, erhöhte sich diese Miete auf 45o DM pro Wohnung, dazu noch 2o DM Umlagen pro Person einschließlich Kleinkind. Nur Kinder unter 1 Jahr wurden mit 1o DM berechnet. So konnte Herr Pool dann auch sein Blumengeschäft erweitern und ein zweites Geschäft hinzulegen und sich 2 Autos halten. Und das ist noch nicht alles. Wir haben gewußt. und Herr Pool selbst hat in einer Hausversammlung mit uns und seinem Rechtsanwalt bekanntgegeben, daß auf dem Haus eine Hypothek lastet. So wollte er mit unserem Geld selbst noch seine Hypothek bezahlen! Und dabei tat er noch so, als ob das das Normalste auf der Welt sei, daß wir für seine Schulden aufzukommen hätten. Wenn wir Schulden hätten, nimmt sie uns auch keiner ab, um unsere Schulden zu bezahlen müssen wir auch arbeiten, und dann nicht nur mit 2,3 Überstunden, dann zahlen wir auch mit unserer Gesundheit, der Freizeit, dem Familienleben.

4 Jahre lang hat uns Frau Hee ausgenommen, und uns das letzte Geld aus der Tasche gezogen, ohne auch nur eine Mark ins Haus selbst wieder hineinzustecken, was es wirklich nötig hätte. Ein Bad existiert nicht, die Küchen sind feucht,und die Zimmer mußten wir selbst renovieren, natürlich von unserem Geld,denn Frau Hee hat keinen Pfennig rausgerückt.

Im Januar dieses Jahres haben wir damit begonnen,in den Mietstreik zu treten.Wir wollten mit dem Hausherrn verhandeln und haben auch mit ihm zusammen eine Hausversammlung gemacht.Wir haben ihm von uns aus 2,50 DM/qm angeboten,und zwar aus zwei Gründen:

1)Von dem ausgehend,was wir verdienen,sind wir nicht in der Lage, mehr zu bezahlen und bei den Preissteigerungen,die uns alle betreffen, bliebe wirklich nicht mehr allzuviel für das tägliche Leben übrig.

2)Weil 2,50 wirklich ein angemessener,ehernoch zu hoher Preis für diese reparaturbedürftigen Wohnungen ist.

Doch Herr Pohl wollte das nicht akzeptieren,er bestand auf mindestens 6,38 DM/qm und will uns nun deshalb den Prozess machen.Doch die 2,50 die wir ihm dann ab Januar geschickt haben hat er eingesteckt.

Wir haben keine Angst vor dieser Justiz,die dazu da ist,die Interessen der Ausbeuter wie z.B Pohl und Hee zu verteidigen.Wir sind es,die den

Prozeß zu machen haben,wir sind es, die Pohl und Hee und andere Ausbeuter auf die Anklagebank zu setzen haben,um darüber zu urteilen, welche Lebensqualität sie uns vorzuschreiben haben.
Wir machen den Prozeß,auch jenen,die uns in der Fabrik und im Büro ausnehmenund uns dabei mit Geld abfinden wollen,das nicht einmal mehr den Lebenshaltungskosten entspricht,jenen,die die Preise so unglaublich erhöhen,jenen,die meinen,alles auf uns abwälzen zu können.

wir werden siegen!